

Die Bundestagsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU/CSU und Die Linke - sowie
Frau Ronja Kemmer MdB
Herr Marcel Emmerich MdB
Herr Alexander Engelhard MdB
Frau Ekin Deligöz MdB

28.10.2021

»Wege aus Menschenhandel und sexueller Ausbeutung im Donauraum«

Sehr geehrte Damen und Herren,

vom 19-22 Oktober fand die viel beachtete internationale Online-Fachkonferenz »Wege aus Menschenhandel und sexueller Ausbeutung im Donauraum« statt. Das Donaubüro Ulm/Neu-Ulm, die Stadt Ulm, das Ulmer Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution, SOLWODI Baden-Württemberg und das Polizeipräsidium Ulm brachten über **150 ausgewählte Expertinnen und Experten** aus insgesamt **10 Donauländern** zum virtuellen Austausch und zur transnationalen Vernetzung zusammen, um Menschenhandel im Donauraum effektiver zu bekämpfen. Der Hauptfokus lag auf den Ländern Bulgarien, Rumänien, Ungarn, der Republik Moldau und Deutschland.

Menschenhandel und vor allem der Handel mit Frauen und Kindern entlang der Donau ist ein massives Problem, das eine bessere Zusammenarbeit sowohl der Behörden als auch der Zivilgesellschaft der Donauländer erfordert. Das transnationale Handlungsfeld ist von organisierter Kriminalität und Korruption geprägt. Um hier langfristige Erfolge zu erzielen, braucht es eine gemeinsame Strategie. Die interdisziplinäre Fachkonferenz hatte insbesondere den **Erfahrungsaustausch und die nachhaltige Netzwerkbildung** zwischen kommunalen Behörden, Nicht-Regierungsorganisationen und Strafverfolgungsbehörden aus den Donauländern über Staats- und Sektorengrenzen hinweg ermöglicht. An drei aufeinanderfolgenden Tagen diskutierten die Experten*innen entlang der Themen, **Sanktion, Hilfe für Opfer** und **Prävention**.

Die dreitägige Fachkonferenz hat gezeigt, wie groß der Bedarf an Vernetzung und Aufklärungsarbeit in diesem wichtigen Thema ist. Dies zeigte u.a. die große Resonanz sowie die Wertschätzung der gebotenen Plattform durch die Teilnehmenden. Im Lichte der zurückliegenden Konferenz lässt sich aus Sicht der hier Unterzeichnenden zudem der einhellige APPELL aller beteiligten Expert*innen und Praktiker*innen ableiten an **diejenigen die politische Verantwortung tragen, dem Kampf gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung eine höhere politische Aufmerksamkeit beizumessen, kurzum das Thema auf die politische Agenda zu setzen**, mit dem Ziel einer stärkeren Bekämpfung dieses menschenverachtenden Problems. Dieser Einordnung folgend möchten wir als Unterzeichnende hiermit Ausdruck verleihen. **Insbesondere mit Blick auf die derzeitigen Koalitionsverhandlungen einer Ampel-Regierung appellieren wir insofern inständig an**

alle politisch Verantwortlichen den Kampf gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung, als eines der drängendsten Probleme unserer Gesellschaft anzuerkennen, zu bekämpfen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Insbesondere eine engere grenz- und sektorenübergreifende Vernetzung der operativen Ebene gilt es dabei zu unterstützen.

Im Austausch mit den Praktiker*innen der unterschiedlichen Sektoren und Länder entlang der Donau wurde ferner deutlich, dass insbesondere eine Verständigung auf das sogenannten »Nordische Modell«, welches u.a. in Schweden, Norwegen, Frankreich - und seit 2018 auch in Israel - eingeführt wurde, auch für Deutschland einen substantiellen Beitrag im Kampf gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung leisten kann.

Die vielschichtigen Problemlagen, Einschätzungen und Eindrücke der zurückliegenden Fachkonferenz zur Kenntnis nehmend, möchten wir als Unterzeichnende ferner zum Anlass nehmen, uns an dieser Stelle explizit für die Einführung des »Nordischen Modells« auszusprechen.

Hintergrund:

Mithin erachteten viele anerkannte Expert*innen das »Nordische Modell« als eine effektive Maßnahme gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung. Insbesondere da es für Strafverfolgungsbehörden eine fundamental andere Handhabe zur Eindämmung ermöglicht und als konsequente Reaktion auf die herrschenden Verhältnisse in der Prostitution gesehen werden kann. Ein Hauptargument pro legale Prostitution ist, dass es bei einem Sexkaufverbot weniger Kontrolle / Einflussmöglichkeiten gibt und durch die Legalisierung zumindest ein bestimmter, beherrschbarer Rahmen geboten wird. Diese Argumentation ist nachvollziehbar, verkennet aber die Tatsache, dass de facto schon jetzt, in formal legalen Strukturen, mehrheitlich kein beherrschbarer Rahmen vorzufinden ist. Nach Einschätzung von Expert*innen herrsche zu 70 bis 90% Zwang inkl. Begleitkriminalität. Insofern ist die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Ordnungssystems und des Status Quo in Deutschland im Angesicht des Leids für die Betroffenen von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung nicht hinnehmbar bzw. unverhältnismäßig. Nicht die Frauen in der Prostitution dürfen bestraft werden, sondern die Freier. In Schweden wurde seit der Einführung des Nordischen Modells in den letzten 20 Jahren ein Perspektivenwechsel erreicht. Diesen würde es auch für Deutschland dringend benötigen. Seit der EU Osterweiterung haben Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung massiv zugenommen. Gleichzeitig hat sich das Rotlicht stark gewandelt: Zahlreiche Opfer von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung stammen aus den Ländern entlang der Donau. Die Corona-Krise hat die Lage zusätzlich verschärft. Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not werden von Menschenhändlern gezielt ausgenutzt.

Daher regen wir an, das Thema auf die politische Agenda zu setzen. Dies wäre ein wichtiges politisches Signal.



Stadt Ulm, vertreten durch den 1. Bürgermeister Martin Bendel



Donaubüro Ulm/Neu-Ulm, vertreten durch den Geschäftsführer Ralph Seiffert



**SOLWODI Baden-Württemberg e.V., vertreten durch Leiterin Beratungsstelle Aalen
Marietta Hageney**



**Ulmer Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution, vertreten durch Leiterin
des Frauenbüros Ulm Diana Bayer**